

Sofortinformation zur Sitzung des Landesvorstandes am 14. Oktober 2020

Wahlstrategie zur Landtagswahl

Bei einer Enthaltung hat der Landesvorstand unsere Wahlstrategie für die Landtagswahl im kommenden Jahr beschlossen. Nach redaktioneller Bearbeitung wird diese der Parteiöffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Der Landesvorstand formuliert in diesem Dokument seinen klaren Anspruch für einen Politik- und Regierungswechsel in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der Ausgangslage und der Einschätzung des Regierungshandelns, der seit 2006 regierenden Koalition aus SPD und CDU, haben sich die Mitglieder des Landesvorstands auf eine schwerpunktmäßige Behandlung folgender Politikfelder bis zur Landtagswahl geeinigt: Schul- und Bildungspolitik, Einkommensverhältnisse, Kinder- und Altersarmut sowie Belange von Ostdeutschen.

Anträge

Folgende Anträge wurden durch den Landesvorstand einstimmig verabschiedet:

Moria - Lager auflösen und Menschenleben retten!

Im größten und völlig überfüllten Flüchtlingslager Griechenlands sind 13.000 Menschen gezwungen, schlimmste Bedingungen zu ertragen. Ein Drittel von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Seit langer Zeit schauen die Verantwortlichen in Europa und auch auf Bundesebene weg, weil sie sich davor drücken, Menschen aufzunehmen. Schlimmer noch: Offenbar sollen die Lager auf den griechischen Inseln abschreckend wirken, das heißt, die abstoßenden Zustände wurden absichtlich aufrechterhalten.

Der unzureichende Schutz vor der Pandemie und eine aufgezwungene Massenquarantäne verschärften nun die katastrophale Situation der Unterbringung und führten zu einer Eskalation.

Moria brennt.

Tausende Schutzsuchende sind obdachlos und völlig auf sich gestellt. Deshalb fordern wir die sofortige Evakuierung aller Betroffenen sowie legale, sichere Fluchtmöglichkeiten. Eine europäische Lösung zu erwarten, ist richtig, dauert jedoch zu lange. Jetzt muss die Bundesregierung handeln und ihre Blockadehaltung überwinden. Die aktuelle Zusage der Bundesregierung, nur 1.000 Menschen aufzunehmen, ist bei Weitem nicht genug.

Mecklenburg-Vorpommern ist bereit, zu helfen. Der Landesvorstand DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern unterstützt alle Initiativen auf kommunaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene, die sich für die Aufnahme der Geflüchteten einsetzen. Wir werden demonstrieren, Taten einfordern, innerhalb und außerhalb der Parlamente aktiv bleiben, Spenden sammeln und vor Ort helfen, sobald Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eintreffen.

Wir haben Platz.

Wir stehen zu Nord Stream 2!

Rügen und der Hafen Sassnitz-Mukran stehen unfreiwillig im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Der Grund: Von hier aus wird an der Erdgaspipeline Nord Stream 2 gearbeitet, die von Russland bis nach Lubmin reichen soll. Eigentlich eine gute Sache, die zur Energiesicherheit in ganz Deutschland beitragen soll. Wären da nicht die Interessen der USA. Trump und seiner Regierung ist Nord Stream 2 ein Dorn im Auge, weil man in Europa lieber amerikanisches Fracking-Flüssiggas verkaufen möchte. Eine russische Pipeline ist dafür ein Hindernis. Dass der Ton nun rauer wird, könnten wir nur schulterzuckend zur Kenntnis nehmen. Wenn nun aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hafen-Gesellschaft und Bürgermeister von US-amerikanischer Seite bedroht und eingeschüchtert werden, ist das ein Skandal. **Drei US-Senatoren drohen dem Sassnitzer Hafen mit der „wirtschaftlichen Vernichtung“** und rühmen sich damit, die Bundesregierung zu erpressen. DIE LINKE ruft zum Widerstand gegen diese Aggression auf. Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und die Europäische Union entscheiden eigenständig über ihre Energieversorgung. Wir wollen keinen Kalten Krieg auf dem Rücken von Millionen Menschen.

Für uns ist klar: Der versuchte Mord am russischen Oppositionellen Nawalny muss aufgeklärt werden. Hierzu müssen auch die russischen Behörden beitragen. Für uns ist aber auch klar: Vorverurteilungen, antirussische Reflexe und der Missbrauch dieses Falles, um Nord Stream 2 zu verhindern, stellen wir uns entschieden entgegen. Wir stehen zur Ostseepipeline!

Solidarität mit den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft in den Betrieben des öffentlichen Nahverkehrs!

Die Verhandlungen zur Tarifrunde im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zwischen der Gewerkschaft Verdi und den kommunalen Arbeitgeberverbänden haben begonnen. Es geht um die Beschäftigten in den Nahverkehrsbetrieben, es geht um die Fahrerinnen und Fahrer, um die Beschäftigten in den Werkstätten und Büros. Wir begrüßen den Schritt, einen bundesweiten Tarifvertrag zu verhandeln, weil dieses auch die Chance mit sich bringt, das Thema Verkehrswende und damit verbunden eine solide Finanzierung des ÖPNVs in der Zukunft in die Öffentlichkeit zu tragen.

Unser Anspruch ist es auch, dass Beschäftigte unabhängig davon bezahlt werden, ob sie in einem neuen oder alten Bundesland arbeiten. Lohnunterschiede zwischen Ost und West wollen wir beseitigen und rufen die Gewerkschaften dazu auf, bei den Lohnverhandlungen darauf hinzuwirken.

Wir fordern den Kommunalen Arbeitgeberverband Mecklenburg-Vorpommern auf, sich klar und eindeutig für die bundesweite Verhandlungen und einen bundesweiten Tarifvertrag auszusprechen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleiches Entgelt bezahlt werden und müssen gleiche Arbeitsbedingungen gelten. Nur so kann es gelingen, den zunehmenden Bedarf an qualifiziertem Personal für die Nahverkehrsbetriebe zu gewinnen und im Land zu halten.

Wir unterstützen die Forderungen von Verdi und wir unterstützen die Auseinandersetzung darum:

- 30 Tage Urlaub bezogen auf 5-Tagewoche und weitere individuelle Entlastungstage
- Verkürzung des Ausgleichszeitraums auf 14 Tage
- Keine Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten
- Fahrzeugverspätungen sind ab der 1. Minute vergütete Arbeitszeit
- 100% Sonderzahlung, keine Reduzierung für Fehlzeiten
- Schicht- und Wechselschichtzulagen auch im Fahrdienst

Wir begrüßen den Schulterschluss zwischen der Gewerkschaft und den ökologischen Bewegungen: Klimapolitik und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr haben viel miteinander zu tun. Deswegen kooperiert die Gewerkschaft jetzt mit auch mit den Schülerinnen und Schülern von Fridays for Future und deren Unterstützer*innen. Ein guter Tarifvertrag im Nahverkehr ist eines der gemeinsamen Interessen, damit sich bei den Arbeits- und Entgeltbedingungen im ÖPNV was dreht.

Programm-Kommission zur Erarbeitung des Entwurfs des Landtagswahlprogramms 2021

Der Landesvorstand beschließt die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung des Entwurfs des Landtagswahlprogramms für die Landtagswahl 2021.

Dieser Kommission gehören an:

- alle Mitglieder des Landesvorstandes, Mitglieder mit beratender Stimme eingeschlossen

Diese Mitglieder des Landesvorstandes erarbeiten anhand ihrer thematischen Zuständigkeiten einen Entwurf für das Wahlprogramm. Dieser Entwurf für die einzelnen thematischen Abschnitte ist in Stichpunktform zu erarbeiten. Als Grundlage dient das beschlossene Landtagswahlprogramm 2016. Dieses ist eigenständig und eigenverantwortlich zu novellieren. Die Zuteilung erfolgt in Abstimmung mit der Landesgeschäftsstelle.

Die Mitglieder des Landesvorstandes evaluieren ihre Arbeitsergebnisse eigenständig mit den jeweils zuständigen Referenten und Abgeordneten der Landtagsfraktion.

Die abgestimmten Arbeitsergebnisse sind bis zum 11. Januar 2021 in der Landesgeschäftsstelle vorzulegen.

Sonstiges

Der Landesvorstand befasste sich mit den Vorgängen auf der Landesmitgliederversammlung des Jugendverbandes vom 10. Oktober 2020. Den anwesenden Mitgliedern des Jugendverbandes wurde eine zügige Klärung empfohlen. Dabei hat der Landesvorstand noch einmal deutlich gemacht, dass die Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses zu

Jugendkandidaturen in Verantwortung der Landespartei liegt. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes äußerte der Landesvorstand die Erwartung an den Jugendverband, dass dieser sich mit einem Jugendwahlprogramm sowie eigenen Planungen am Wahlkampf beteiligt.

Auf der Sitzung hat die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam zudem die Kandidatur für den Parteivorstand bekannt gegeben.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet am 16. Oktober 2020, ab 17:00 Uhr als Video- und Telefonkonferenz statt.